

Hilfe, da kommt der Fortschritt

Die Aussicht auf Wandel löst schon lange keine ungeteilte Freude mehr aus. Die Rechten haben darauf reagiert. Die Linken nicht, was ein Fehler ist. Wir brauchen einen linken Konservatismus

VON MICHAEL BRÖNING

Im Arsenal politischer Auseinandersetzungen zählt der Vorwurf, „das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen“, zu den großkalibrigsten rhetorischen Geschützen. Gerade im Nachgang zu den Europawahlen werden damit all jene vermeintlich Ewiggestrigen ins Visier genommen, die dem Aufbruch in bessere Zeiten entgegenstehen.

Dieses Lob des Fortschritts aber ist nicht neu. Es findet sich vielmehr in ganz verschiedenen politischen Lagern und beruht auf dem naheliegenden Credo, dass die Zukunft voller Möglichkeiten steckt. Schon Mitte der 1980er Jahre zog Ronald Reagan mit der Verheißung „Es ist Morgen in Amerika“ ins Weiße Haus ein. Mit dem Versprechen auf Wandel sicherte sich auch Barack Obama seinen Platz in den Geschichtsbüchern, und nicht zuletzt die Grünen scheinen derzeit mit einer Kombination aus Optimismus und Aufbruchsgestalt von Erfolg zu Erfolg zu eilen.

Besonders stark aber ist diese Form des Zukunftsoptimismus traditionell in politischen Bewegungen links der Mitte verbreitet. In der Zuversicht auf ein besseres Morgen ist das hohe Lied des gesellschaftlichen Fortschritts gewissermaßen Teil linker politischer DNA. Nicht wenige vormals „linke“ Parteien haben sich mittlerweile faktisch in „fortschrittliche“ oder „progressive“ Bewegungen umbenannt. So bezeichnen sich die Schweizer Sozialdemokraten in ihrem Grundsatzprogramm bewusst als „die wichtigste Kraft für Fortschritt und zukunftsweisende Vorschläge“, während sich ihre österreichischen Genossen programmatisch gleich „an die Spitze des Fortschritts“ stellen. In Frankreich wirbt die Parti Socialiste für den „menschlichen Fortschritt in allen Dimensionen“ und international firmiert ein Bündnis linker Parteien ganz offiziell als „Progressive Allianz“.

Die Menschen in der Subsahara blicken hoffnungsvoller in die Zukunft als die Europäer

Dieses Ja zum Fortschritt ist zunächst einleuchtend. Gerade die Linke ist schließlich nicht von ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Ungleichheit zu trennen. „Mit uns zieht die neue Zeit“, singen deutsche Sozialdemokraten deshalb auf Parteitag in stolzer Tradition. Und: „Hell aus dem dunklen Vergangnen leuchtet die Zukunft hervor.“ Doch was, wenn heute nichts mehr leuchtet?

In einer aktuellen Umfrage des Allensbach Instituts bewerten gerade einmal 32 Prozent der Deutschen den Fortschritt als positiv. In den 1970er Jahren war dieser Anteil doppelt so hoch. Das aber ist kein rein deutsches Phänomen. Auch in den USA verweisen Umfragen darauf, dass nur ein gutes Drittel der Amerikaner noch darauf vertraut, die nächste Generation werde es einmal besser haben als sie selbst. In Frankreich liegt der Anteil längst im einstelligen Bereich.

Das Ausmaß westlicher Fortschrittsskepsis wird dabei gerade im Vergleich zu Gesellschaften des globalen Südens deutlich. Seit einem halben Jahrhundert etwa befragt das Umfrageinstitut Gallup die Menschen in 51 Ländern alljährlich zum Jahreswechsel nach ihren Erwartungen für das kommende Jahr. Die Ergebnisse sind so bezeichnend wie scheinbar widersprüchlich: Während rund zwei Drittel der Menschen in Indien und Subsahara Afrika hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, tun das in der wohlhabenden Europäischen Union gerade einmal 28 Prozent. „Die Angst, das zu verlieren, was man hat, ist größer als die Angst, nichts zu haben.“ So erklären sich die Macher der Umfrage das Ergebnis.

Was also ist zu tun, wenn die Zukunft für eine Mehrheit der Menschen in unseren Demokratien keine Verheißung mehr darstellt, sondern eher eine Bedrohung? Ist es an der Politik, endlich wieder mehr Zuversicht zu verordnen? Muss mit einem Altbundespräsidenten gesprochen schlicht "ein Ruck gehen" durch unser Land?

Eine solche Strategie wäre erfolgversprechend, wenn das Unbehagen in Teilen nicht so nachvollziehbar wäre. Eine nüchterne Bestandsaufnahme dürfte jedoch ehrlicherweise zu dem Schluss kommen, dass die verbreitete Zukunftsskepsis in vielen Punkten nur zu gerechtfertigt ist. Wachsende Ungleichheit, Jobverlust durch Globalisierung und Algorithmen, Überwachung durch Digitalkonzerne, Überbevölkerung, steigende Mieten und Wohnungsnot, Artensterben, Pandemien, Vereinzelung, DNA-Manipulationen, autonome Waffensysteme, Cyberkrieg, globaler Terrorismus und Autoritarismus, Klimawandel... Angesichts dieser Schreckensliste wird der Raum für unbeirrte Zuversicht ja in der Tat zunehmend knapp.

An diese Erkenntnis aber schließt sich für progressive Parteien die schmerzhafteste Frage an, wie überzeugend ihr undifferenziertes Bekenntnis zum Fortschritt an sich heute noch sein kann. Ist eine der Ursachen für ihre häufig desaströsen Wahlergebnisse mittlerweile darin zu finden, dass

sich ihr Zukunftsoptimismus nicht mehr mit den Befürchtungen der Wählerinnen und Wähler deckt? Für viele Menschen dürften flammende Apelle des Aufbruchs schließlich inzwischen eher wirken wie ein Pfeifen im Walde. Zumal eine Mehrheit in vielen europäischen Ländern der Politik die Lösung brennender Fragen ja ohnehin nicht mehr zutraut.

Nur sagen, was sich ändern soll, reicht nicht. Man muss auch sagen, was bleiben soll

Sicher, die Wirklichkeit ist komplexer. Denn tatsächlich ist der Wandel ja zugleich mit einzigartigen Chancen verknüpft. Moralische Werte entwickeln sich fort und überwinden zum Teil jahrhundertalte Vorurteile. Medizinische Erfolge lassen die Lebenserwartung kontinuierlich steigen und technische Neuerungen ermöglichen bahnbrechende Verbesserungen für Mensch und Umwelt.

Kurzum: Die Welt unserer Großeltern war nüchtern betrachtet ganz sicher keine bessere. Das Resultat dieser Erkenntnis ist eine merkwürdige Gleichzeitigkeit von Optimismus und Pessimismus. Es kommt darauf an, wer welche Dimension betrachtet: die des Menschen oder die der Menschheit. Doch auch hier sind die Übergänge fließend. Selbst so positive Entwicklungen wie die steigende Lebenserwartung sind schließlich kaum von den damit verbundenen Zukunftssorgen zu trennen.

Wie aber sollen linke politische Bewegungen auf dieses Dilemma reagieren? Sicher weder mit Defätismus noch mit einem plumpen Rechtsruck. Doch in einer Situation, in der die übergroße Mehrzahl der Menschen der Idee des Wandels mit erheblichem Zweifel begegnet, wäre gerade die Linke gut beraten, nicht nur auszubuchstabieren, was sich ändern, sondern auch, was sich gerade nicht ändern soll. Zu empfehlen ist nichts Geringeres als die Wiederentdeckung einer programmatischen Tradition des Bewahrens.

Über Jahrzehnte verstanden sich gerade linke Bewegungen als „Schutzmacht der kleinen



Karikatur: Ralf Stüttgen

Leute“. Diese Rolle aber wird heute zunehmend von Rechtspopulisten übernommen. Der französische Soziologe Didier Eribon beschreibt in „Rückkehr nach Reims“, seinem autobiografischen Erinnerungsbestseller, „eine Art politische Notwehr der unteren Schichten“ gegen die Zumutungen radikalen Wandels. Es ist diese Skepsis, die den Anstieg der Rechten von Italien und Frankreich bis in die sächsische Provinz befeuert. Wenn Eribon damit richtig liegt, ist zu fragen, wie linke Kräfte ein so wichtiges Versprechen wie die britische Brexit-Devise „Take Back Control“ so sang- und klanglos dem politischen Gegner überlassen konnten. Anders als eine neoliberale Rechte könnte sie eine solche Zusicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts als Antidot gegen Verzweiflung ja tatsächlich mit Inhalten füllen.

Nur in Klimafragen nimmt die Linke das „Bewahren“ ernster als die konservative Rechte

Ein ausgewogener Blick auf den Fortschritt ist dabei kein Plädoyer dafür, aus Opportunität nun Extremisten bei der Abwicklung freiheitlicher Errungenschaften zu assistieren. Die Parteizeitung „Vorwärts“ sollten Sozialdemokraten sicher nicht in „Rückwärts“ umbenennen und den Adenauer Slogan "keine Experimente" können sie getrost der Werteunion überlassen. Doch die Linke darf sich in ihrer Reaktion auf legitime Zukunftsskepsis eben zugleich nicht darauf beschränken, Unbehagen mit ungebremstem Wandel schlicht als fehlgeleitete Nostalgie zu brandmarken.

Im Gegenteil: Es gilt, unaufhaltsame Entwicklungen gerade für all diejenigen erträglich zu machen, die von ihnen nicht profitieren und zugleich überall dort eingzugreifen, wo unerwünschter Wandel reguliert werden kann. Ziel ist eine Balance zwischen dem traditionellen Einsatz für ein besseres Morgen und einem Bewahren von Werten und Errungenschaften, die gerade die traditionelle linke Wählerschaft für schützenswert erachtet: erfüllende Arbeitsplätze, das Einhegen globaler Marktkräfte und die Verteidigung von Demokratie in einem vertrauten Lebensumfeld. All das ist weniger und zugleich viel mehr als das Beschwören des Fortschritts um des Fortschritts willen.

Wie ein solcher vermeintlich paradoxer linker Konservatismus ausgestaltet werden kann, wird derzeit nicht zuletzt in Großbritannien diskutiert, wo sich einige Vordenker der Labour Party seit einigen Jahren unter dem Label „Blue Labour“ zusammengefunden haben. Diese konservativen Linken unterscheiden sich in ihrer Perspektive auf die untere Mittelschicht grundlegend vom elitären Konservatismus der Tories. Zugleich aber erkennen sie an, dass eine Linke mit Zukunft den Schutz vertrauter Lebenswelten besser nicht verantwortungslosen Demagogen überlässt.

„Blue Labour“ spielt bislang nur eine Nebenrolle. Doch die Neuerfindung von Labour unter Parteichef Jeremy Corbyn reflektiert durchaus Ideen der Bewegung: ein Bekenntnis zu politischen Alternativen, eine Rückbesinnung auf einen handlungsfähigen Staat und das Verteidigen des Primats der Politik gegenüber dem Markt.

Linke Kräfte in Europa haben einen vergleichbaren Positionswechsel fort von unreflektiertem Zukunftsoptimismus zumindest in der Ökologie längst vollzogen. In Zeiten des Klimawandels gehören sie zu den Stimmen, die die Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts als einen wohlverstandenen linken Konservatismus sogar ernster nehmen als die politische Rechte. Daran ließe sich anschließen.

Ziel ist dabei natürlich nicht, nunmehr lediglich den Status Quo in Stein meißeln zu lassen. Das Engagement für eine bessere Welt bleibt ein Grundauftrag. Wohl aber sollte die Linke bei allem Einsatz für eine gerechtere Zukunft nicht übersehen, was sie zu behüten hat. Sie sollte deshalb selbstbewusst bekennen, dass sie eben nicht nur für die „neue Zeit“, sondern auch für das Schützenswerte der alten Zeit eintritt. Eine solche, auch konservative Linke wäre eine überzeugende Antwort auf die bittere Wahrheit, dass die Zukunft für die meisten Menschen eben einfach nicht mehr das ist, was sie einmal war.



Michael Bröning leitet das Referat Internationale Politikanalyse der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

EIN WORT zum Sonntag



Foto: Kay Nietfeld/dpa

„Eine Organspende ist größtmögliche Solidarität (...)
Die Organspende bleibt eine freie und persönliche Entscheidung.
Die einzige Pflicht wäre, sich Gedanken zu machen.“

Jens Spahn (CDU), Gesundheitsminister, in einem Gastbeitrag für die „Passauer Neue Presse“

Ein SPRUCH

Sind wir die Guten?

JOST MÜLLER-NEUHOF über die Unabhängigkeit von Staatsanwälten

Unabhängigkeit ist etwas, das jeder für sich gern in Anspruch nimmt. Unabhängig denken. Unabhängig entscheiden. Unabhängig gestalten. Und unabhängig ermitteln.

Letzteres ist ein Kennzeichen deutscher Staatsanwaltschaften. Gewesen. Jetzt hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg geurteilt: Die deutschen Staatsanwaltschaften bieten keine hinreichende Gewähr für Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive, um zur Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls befugt zu sein. Großes Erschrecken. Der Muster-Rechtsstaat, der gerade sein Grundgesetz gefeiert hat, als sei es eine Reliquie, taumelt in die Krise.

Grund für die Kritik ist das externe Weisungsrecht. Das Gerichtsverfassungsgesetz regelt, dass Ermittler Ansagen aus den Justizministerien unterworfen sind. Das steht seit Langem in der Diskussion. Und jetzt noch mehr, da Europa ein



drucksvoll in Polen und Ungarn gezeigt bekommt, wie Politik die Dritte Gewalt kapert.

Niemand soll sagen, die Institutionen der Bundesrepublik seien davor gefeit. Zu erin-

nern ist an den damaligen Justizminister Heiko Maas, der vor ein paar Jahren Ermittlungen gegen zwei Blogger stoppen ließ, die Staatsgeheimnisse veröffentlicht haben sollen. Pressefreiheit über alles? Unsinn. Die Justiz muss selbstständig untersuchen und abwägen, ob solches Handeln im Einzelfall gerechtfertigt sein kann. Die Gerichte kontrollieren die Entscheidung, bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht. Ein Minister, der sich einmischte, weil Politiker und Medien jaulen, löst die Gewaltenteilung auf und zeigt die Stimmungsanfälligkeit des Systems. Es spielt keine Rolle, ob es, wie bei Maas, im Namen des demokratischen Guten geschieht oder wie in Polen in dem des rechtspopulistischen Bösen. In beiden Fällen führt es zur Erosion des Rechts.

Dennoch hat das Weisungsrecht eine Funktion. Es verlängert die parlamentarische Kontrolle. Ein Minister ist dem Parlament verantwortlich. Über das Weisungsrecht ist sichergestellt, dass Staatsanwälte nicht aus der Rolle fallen. Dass so etwas drohen kann, zeigen beispielsweise die abstrusen Ermittlungen gegen das „Zentrum für politische Schönheit“ wegen ihrer ebenso satirischen wie frechen Ankündigung, den AfD-Rechtsaußen Björn Höcke zu bespitzeln. Wer daraus ohne weitere Anhaltspunkte einen Tatverdacht wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ableitet, hat entweder Sympathien mit dem vermeintlichen Opfer oder den Verstand verloren. Es kann auch in Ordnung sein, wenn die Politik einschreitet.

Trotz des EuGH-Urteils kann das Weisungsrecht gehalten werden. Etwa, indem die Ausstellung des EU-Haftbefehls, der ein vereinfachtes Auslieferungsverfahren ist, unter Richtervorbehalt gestellt wird. Doch die Diskussionen werden bleiben. Es ist eben einfacher, zu behaupten, man sei unabhängig, als unabhängig zu sein.